

Stefan Zierke

Mitglied des Deutschen Bundestages
Vorsitzender der Landesgruppe Ost und
Sprecher der Landesgruppe Brandenburg
in der SPD-Bundestagsfraktion



Bundestag aktuell

Parlamentsthemen im Januar 2017

Liebe Genossinnen und Genossen,

die Kandidatur von Martin Schulz als Kanzlerkandidat der SPD für die Bundestagswahl überstrahlt natürlich die aktuelle Sitzungswoche im positiven Sinn. In unserer Fraktion ist eine Aufbruchstimmung zu spüren. Wir freuen uns alle sehr, dass wir mit Martin nun einen kraftvollen Neuanfang wagen! Martin steht für soziale Gerechtigkeit, für Demokratie und genießt eine hohe Glaubwürdigkeit. Ich bin mir sicher: Wir werden einen spannenden Wahlkampf erleben! Viel Spaß beim Lesen und beste Grüße, Euer Stefan.

- **Kommunales Investitionsprogramm verdoppeln**

Mit dem Nachtrag zum Bundeshaushalt 2016 verdoppelt der Bund das Sondervermögen „Kommunalinvestitionsförderungsfonds“ um 3,5 Milliarden Euro auf insgesamt 7 Milliarden Euro. Diese Mittel sollen gezielt für Investitionen des Bundes in die kommunale Bildungsinfrastruktur eingesetzt werden. Möglich wird dies durch unseren Verhandlungserfolg im Rahmen der Neuordnung der föderalen Finanzbeziehungen, mit dem wir das Kooperationsverbot im Bildungsbereich aufgebrochen haben.

Die SPD-Bundestagsfraktion fordert, dass im Zuge des Nachtragshaushalts auch über die Verwendung der Haushaltsüberschüsse entschieden wird. Sie sollen aus Sicht der SPD-Fraktion für Investitionen in moderne Schulen und Berufsschulen, schnelles Internet und leistungsfähige Verkehrswege verwendet werden.

- **Ruhezeiten für Sportvereine neu regeln**

Um die derzeitigen Ruhezeiten einhalten zu können, sehen sich Sportvereine gezwungen, die Zahl der Jugendmannschaften zu begrenzen und keine neuen Mitglieder aufzunehmen. Vor diesem Hintergrund sollen die Ruhezeiten neu geregelt werden. Die entsprechende Verordnung der Bundesregierung wurde diese Woche abschließend beraten. Sie fördert wohnortnahe Sportausübung, indem die Immissionsrichtwerte für die abendlichen Ruhezeiten sowie die Ruhezeiten an Sonn- und Feiertagen von 13 bis 15 Uhr an die tagsüber geltenden Werte angepasst werden. Ferner soll der Sportbetrieb auf Anlagen, die bereits vor 1991 genehmigt oder zulässigerweise ohne Genehmigung errichtet worden sind, rechtlich besser abgesichert werden. Schließlich werden Immissionsrichtwerte für urbane Gebiete geregelt.

- **Das Fahrlehrerrecht reformieren**

Wir haben in erster Lesung einen Gesetzentwurf zur Verbesserung der Aus- und Weiterbildung von Fahrlehrerinnen und Fahrlehrern zu strukturellen Verbesserungen für Fahrschulen beraten. Ziel ist es, die Verkehrssicherheit von jungen Fahranfängerinnen und Fahranfängern zu erhöhen und die Fahrschulen durch Entbürokratisierung und leichtere Kooperationen untereinander zu entlasten. Schließlich soll dem drohenden Nachwuchsmangel an Fahrlehrerinnen und Fahrlehrern durch eine Überarbeitung der Zugangsvoraussetzungen für den Beruf vorgebeugt werden.

- **Einsatz mobiler Videotechnik bei Fahndung verbessern**

Mit dem vorliegenden Gesetzentwurf, über den wir in erster Lesung beraten, soll die Bundespolizei neue Befugnisse zum Einsatz von so genannten Bodycams und automatischen Kennzeichenlesesystemen erhalten. Die Bodycams sollen dabei insbesondere eine bessere Verfolgung von Straftaten ermöglichen und Gewaltdelikte gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte verhindern. Der Gesetzentwurf sieht zudem vor, die Aufzeichnung von eingehenden Telefongesprächen in Einsatzleitstellen zu ermöglichen.

- **Ländliche Regionen stärken**

Die Grundversorgung kann in ländlichen Regionen gestärkt werden, da jetzt auch Investitionen in Mehrfunktionenhäuser und in Kleinstunternehmen unterstützt werden. Wir haben in den vergangenen Jahren für eine deutliche Mittelaufstockung der Programme gesorgt. Der Bundesanteil an den Mitteln für die Gemeinschaftsaufgabe Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) ist in den vergangenen vier Jahren erheblich erhöht worden, von 575 Millionen Euro auf 665 Millionen Euro. Das Bundesprogramm Ländliche Entwicklung hat mittlerweile einen Umfang von 55 Millionen (2015 mit 10 Millionen gestartet). Ebenfalls in der GAK sind nochmal 100 Millionen Euro für Maßnahmen des präventiven Hochwasserschutzes enthalten.

- **Zugang zu Cannabisarzneimitteln für Schwerkranke erleichtern**

Das Gesetz regelt die Verkehrs- und Verschreibungsfähigkeit von Arzneimitteln auf Cannabisbasis wie z.B. getrockneten Cannabisblüten (Medizinalhanf). Im Laufe des parlamentarischen Verfahrens konnten wir den Zugang für schwerwiegend und chronisch erkrankte Patienten nochmals erleichtern. Neben dem Vorliegen fehlender Therapiealternativen kann nun der behandelnde Arzt eine Verschreibung auch zu einem früheren Zeitpunkt begründet veranlassen. Zukünftig ist die Kostenübernahme von Cannabisprodukten durch die gesetzliche Krankenversicherung sichergestellt.

- **Verbraucherschutz für Pauschalreisende verbessern**

Mit der Neufassung der EU-Pauschalreiserichtlinie, die mit dem vorliegenden Gesetzentwurf in nationales Recht umgesetzt werden soll, wird das Pauschalreiserecht insbesondere auch hinsichtlich der zunehmenden Buchung von Reisen über das Internet modernisiert und angepasst.

Ziel ist es, den Verbraucherschutz auch für Reisende zu erhöhen, die auf diesem Weg Angebote buchen. Zudem sollen damit faire Wettbewerbsbedingungen im Reisemarkt zwischen Online-Anbietern und Reisebüros erhalten bleiben. Reisen mit gemeinnützigem Charakter, die nur gelegentlich stattfinden und nicht der Gewinnerzielung dienen, bleiben weiterhin vom Geltungsbereich einer Pauschalreiserichtlinie ausgenommen.

Aus Berlin für den Wahlkreis: Aktuelle Pressemitteilungen

Zügige Besetzung der Personalstellen bei der Bundespolizei gefordert

Berlin / Brandenburg – Nachdem bekannt wurde, dass der Polizeiinspektion Frankfurt (Oder) durch die Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke mit einem dringenden Schreiben an das Bundesinnenministerium gewandt.

Darin fordert er die Ergreifung sofortiger Maßnahmen, um die Sicherheit an der deutsch-polnischen Grenze wiederherzustellen. Innenminister de Maizière (CDU) muss dafür sorgen, dass die vorhandenen Planstellen für die Bundespolizei besetzt werden.

„Der Zustand und die Situation für die Beamten in der Polizeiinspektion Frankfurt (Oder) ist kritisch. Der drastische Personalmangel führt nicht nur zu einer Rüge des Bundesrechnungshofes, sondern auch zu einer schwierigen Sicherheitssituation an der deutsch-polnischen Grenze. Es kann nicht sein, dass Einreisende in begründeten Fällen nicht kontrolliert werden.“

Deswegen habe ich das Bundesinnenministerium aufgefordert, sofort Maßnahmen zu ergreifen und zusätzliche Beamte einzusetzen, um die Handlungsfähigkeit der Inspektion zu stabilisieren und die Sicherheit an der Grenze wiederherzustellen. Wir haben insgesamt rund 3.500 neue Personalstellen für die Haushaltsjahre 2016 und 2017 geschaffen. Das ist der höchste Aufwuchs bei der Bundespolizei seit Bestehen der Bundesrepublik. 2.700 Stellen wurden davon allein im parlamentarischen Verfahren und auf Druck der SPD erwirkt. Diese neuen Stellen muss der Innenminister nun zügig besetzen“, erklärt der Sprecher der SPD-Landesgruppe Brandenburg.

Auch Klara Geywitz, Generalsekretärin der SPD Brandenburg, unterstützt das Anliegen: „Stefan Zierke hat Recht. Auch ich fordere den Bundesinnenminister auf, seiner Verantwortung nachzukommen und die Bundespolizei an der deutsch-polnischen Grenze konsequent zu stärken.“

Einheitliche Netzentgelte noch in diesem Jahr

Berlin. Die gerechte Verteilung der Stromkosten ist ein zentrales Ziel der SPD in dieser Wahlperiode. Zunächst werden die vermiedenen Netzentgelte schrittweise abgebaut.

Einen Gesetzesentwurf hat Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel bereits erarbeitet. In einem nächsten Schritt muss der Weg für ein bundeseinheitliches Übertragungsnetzentgelt frei gemacht werden. Die ostdeutsche SPD kämpft dafür, dass dieses noch vor der Bundestagswahl umgesetzt wird. Die Netzentgelte machen einen wesentlichen Teil des Strompreises aus. Insbesondere im Osten und im Norden Deutschlands sind diese durch den verstärkten Ausbau der Netze auf Grund des großen Anteils Erneuerbarer Energien höher.

Dazu sagt der Vorsitzende der ostdeutschen SPD-Bundestagsabgeordneten, Stefan Zierke:

„Die Abschaffung der vermiedenen Netzentgelte ist nur ein erster wichtiger Baustein für gerechte Strompreise. Ich bin zuversichtlich, dass wir noch in diesem Jahr mit dem bundeseinheitlichen Netzentgelt einen weiteren auf den Weg bringen. Für jeden Verbraucher in Ostdeutschland wird das spürbare Erleichterungen bei der Stromrechnung bringen. Es sind die SPD und Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel, die diese Herausforderung anpacken.“

SPD-Haushaltspolitiker Thomas Jurk:

„Die ostdeutsche SPD kämpft schon lange für die gerechte Verteilung der Kosten der Energiewende. Mit den geplanten Vorhaben werden wir strukturelle Verbesserungen für den Osten aber auch für viele andere Regionen erzielen. Vor allem die ostdeutsche Wirtschaft wird entlastet, Wettbewerbsnachteile werden abgebaut.“

Zierke zum Uckermark-Tag auf der Grünen Woche

Berlin / Uckermark – Zum Uckermark-Tag auf der Grünen Woche wird der SPD-Bundestagsabgeordnete Stefan Zierke seine heimischen Anbieter aus der Uckermark und dem Barnim besuchen.

„Regionale Produkte und beste Qualität – das ist der Markenkern der uckermärkischen Anbieter auf der Grünen Woche. Ich freue mich sehr, dass sich unsere Regionalmarken kontinuierlich etablieren und auch den Weg in die Läden außerhalb der Uckermark finden. Dieses Engagement ist vorbildlich und auch ein weiterer Anreiz, unsere vielen Hofläden in der Uckermark zu besuchen. Hier trifft traditionelles Handwerk auf modernes Betriebsmarketing“, so der Tourismus- und Verkehrspolitiker Zierke.

„Mit einem bunten Bühnenprogramm schaffen es die Verantwortlichen zum Uckermark-Tag immer wieder eine tolle Stimmung in die Brandenburg-Halle zu bringen. Ich freue mich auf die Gespräche und eine gute Atmosphäre“, sagt Stefan Zierke.

„Um unsere klein- und mittelständischen Betriebe zu unterstützen, bleibt der Bund auch nicht untätig: Der Agrotourismus hat sich in Deutschland als Segment des Landtourismus fest etabliert und leistet einen wichtigen Beitrag zur Einkommenssicherung landwirtschaftlicher Betriebe sowie zur Stärkung der Wirtschaftskraft ländlicher Räume“, erklärt Zierke.

Die Förderangebote der Gemeinschaftsaufgabe zur Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes (GAK) dienen dazu, in landwirtschaftlichen Betrieben weitere Einkommensquellen zu erschließen und so den agrarstrukturellen Wandel abzufedern. Bund und Länder unterstützen so landwirtschaftliche Betriebe bei Maßnahmen zur Einkommensdiversifizierung. Dazu zählen u. a. der Bau, Erwerb oder die Modernisierung von Ferienzimmern, -wohnungen oder -häusern mit bis zu 25 Gästebetten. In bäuerlichen Betrieben, deren Existenz und Einkommen auf Dauer nicht allein über Agrarproduktion gesichert werden kann, können so Investitionen im Bereich „Urlaub auf dem Bauernhof“ gefördert werden. Damit können diese Betriebe zusätzliche Einnahmequellen erschließen und zum anderen den Tourismus in ländlichen Räumen stärken.